

Verehrte Lydia, liebe Genossinnen und Genossen von Attac Speyer,

gerne beantworte ich Euch Eure Fragen zum Wahlkampf. Ich hoffe die Antworten helfen Euch bei der Meinungsfindung.

#### FRAGE 1

In der heutigen politischen Situation scheint es uns geboten, die Bevölkerung über wichtige Entscheidungen rechtzeitig zu informieren und ihre berechtigten Anliegen zu berücksichtigen. Es kann nicht angehen, die Genehmigungszeit für Großprojekte immer weiter zu verkürzen. Auf welche Weise kann nach Ihrer Ansicht mehr Bürgerbeteiligung realisiert werden?

*Zu 1.*

*Zum einen durch massive Erleichterung und Vereinfachung des Verfahrens zur Einleitung und Durchführung von Volksinitiativen. Das fängt mit Abschaffung des undemokratischen Quorums von 25 % an und endet bei Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ab dem sechzehnten Lebensjahr noch lange nicht.*

*Zum anderen durch das Niederreißen der Hürden für Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene, Akteneinsichtig für alle von kommunalen Entscheidungen betroffenen Menschen, keine nicht-öffentlichen Sitzungen mehr auf kommunaler Ebene. Es gibt keinerlei Grund für Geheimnisse in Gemeinderäten. Dies sind alles Forderung aus dem Landtagswahlprogramm der Partei DIE LINKE. hinter denen ich voller Überzeugung stehe.*

#### FRAGE 2

Die immer größer werdende Schere zwischen Superreichen und ärmeren Teilen der Bevölkerung spaltet die Gesellschaft und schadet der Demokratie. Wollen Sie in Rheinland-Pfalz diesem Trend entgegenwirken, wenn ja, wie?

*Zu 2.*

*Der Staat muss der Wirtschaft die Deutungshoheit in allen Belangen wieder abringen und darf dabei nicht im betriebswirtschaftlichen Denken verhaftet bleiben sondern wieder zurück zu seiner Domäne finden, der Volkswirtschaft. Solange das Maß aller Dinge die Gewinnmaximierung für Unternehmer ist, werden die Menschen im ganzen Land darunter leiden, viele heute schon, morgen aber alle. Wenn also der Staat seine Autorität in diesen Fragen wiederherstellt, dann werden sich auch die Verhältnisse zum Besseren entwickeln. Wer Sorge dafür trägt, dass angemessene Löhne gezahlt werden, wer klarstellt dass nur Unternehmen staatliche Aufträge erhalten die auf allen Ebenen diese Spielregeln akzeptieren, wer Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse wieder zur seltenen und teuren Ausnahme macht, der sorgt schon zu einem gut Teil für eine Normalisierung der Verhältnisse in unserem Land.*

*Durch weitergehende Maßnahmen bei der Einführung und Ausweitung von Wirtschafts-demokratie werden in Zukunft Vorstände, Aufsichtsräte und Eigentümer nicht mehr nur allein nach ihren Interessen über das Wohl und Wehe von ganzen Unternehmen entscheiden können, die Mitarbeiter werden weit über die Betriebsräte hinaus umfassende Informations- und Mitbestimmungsrechte haben, welche ihren Anteil an der Wertschöpfung des Unternehmens ganz deutlich spiegeln.*

*Für die Zukunft gilt mit der Linken auch, dass der Staat keine Rettungsmaßnahmen für Unternehmen durchführen wird ohne ganz massive Eingriffe in die Autonomie dieser zu verlangen und gegebenenfalls auch gegen die Widerstände der Eigentümer durchzusetzen. Dies nur als beispielhafte Aussage zu meinen Standpunkten in dieser Frage. Gerne stehe ich für weitere Nachfragen zur Verfügung, bei deren Beantwortung ich auf die Verflechtungen*

*dieser Frage mit den Bereichen der Steuer- Bildungs- und Sozialpolitik näher eingehen werde, was hier wohl etwas den Rahmen sprengt.*

### *FRAGE 3*

*Arme Kinder – reiches Land: Für Kinder aus prekären Verhältnissen ist in vielfacher Hinsicht ein guter Start ins Leben verstellt. Welche Pläne haben Sie – über die in Rheinland-Pfalz schon umgesetzte Politik hinaus – die Chancen dieser Kinder zu verbessern?*

*Zu 3.*

*Mit Maßnahmen alleine für Kinder ist es zwar nicht getan, auch die Eltern müssen, altersunabhängig, Möglichkeiten haben sich fortzubilden und ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger ausschöpfen und wahrnehmen zu können.*

*Darüber hinaus muss natürlich im speziellen für Kinder gesorgt werden. Mit kostenlosen Angeboten zur Betreuung, weit über das klassische schulische Angebot hinaus, durch kleinere Klassen an Schulen und Kindergärten/KiTas, Sprachförderung für Kinder mit Bedarf. Auch die endgültige Überarbeitung des Schulsystems, dass soziale Differenzen fördert und schafft, indem es schon früh Kindern einen festen Stempel aufdrückt, sie in der Wahl ihres Lebensweges massiv einschränkt. Eine Schule für alle, meiner Meinung nach im Idealfall mit humanistischer Grundausrichtung, die den Schülerinnen und Schülern nicht nur das Wissen vermittelt, mit dem sie später arbeiten sollen, sondern vor allem das Handwerkszeug lehrt mit dem sie später einmal kritische und selbstbewusste mündige BürgerInnen werden und zwar nicht nur in einer privilegierten Oberschicht, sondern überall. Die kritische, umfassend gebildete Bürgerin mit hoher menschlicher Moral ist in meinen Augen keine Utopie, vielmehr ein erreichbares hehres Ziel.*

### *FRAGE 4*

*Mindestlöhne haben sich in vielen Ländern Europas bewährt. Geringverdiener sollten auch bei uns ohne staatliche Hilfe am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wie stehen Sie zum tariflichen Mindestlohn mit Rücksicht auf die Hartz-IV-Bezüge?*

*Zu 4.*

*Der Mindestlohn. Für mich gar keine Frage ob wir ihn flächendeckend bekommen, lediglich wann und wie hoch. Im aktuellen Programm finden sich Forderungen der Linken nach einem Mindestlohn von zehn Euro. Ich für meinen Teil gehe weiter und fordere einen Mindestlohn der es einer Alleinverdienerin bzw. einem Alleinverdiener ermöglicht, einen Vier-Personen-Haushalt soweit zu unterhalten, dass man gut zurecht kommt. Hierzu gibt es eine Studie des gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Instituts welches einen Mindestlohn von 12,50 € als nötig errechnet, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Heiner Flasbeck, der bekannte Ökonom spricht sogar von 13,50 €.*

*Man muss diese Forderung im Zusammenhang mit dem tatsächlichen Durchschnittslohn sehen, der liegt in Deutschland für klassische Arbeitnehmer mit Festanstellung bei gut 23 € pro Stunde. Die Forderung nach dem Mindestlohn wird auch durch das Rheinland-Pfälzische Grundgesetz gestützt, in dessen Artikel 56 sich die Argumentation für rechtmäßige Forderung nachlesen lässt.*

*Die Hartz-Gesetze sehe ich in keinem Zusammenhang mit den Mindestlöhnen, da ich ohnehin für die Abschaffung dieser unmenschlichen staatlichen Willkürorgie bin, die letztlich nur darauf abzielt, dass Lohnniveau, die Tarifautonomie und die Gewerkschaften in Deutschland kaputt zu machen. Hartz-IV ist Armut per Gesetz und hat eine enorm schädigende Auswirkung auf das soziale Gefüge in unserem Land. Diese Gesetze sind der Beweis dafür wie wenig den*

*Entscheidern der SPD, Grünen, CDU und FDP der Mensch im besten Sinne des Wortes noch von Bedeutung ist.*

#### FRAGE 5

Die Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte ist trotz mehrfacher Ankündigungen in der Krise bis heute nicht angepackt worden. Der öffentlichen Hand – auch in Rheinland-Pfalz – fehlen deswegen Milliarden für Infrastruktur, Bildung, Kultur, Soziales...., die in die Rettung der Banken und Großkonzerne geflossen sind. Wie gedenken Sie auf dieses brennende Problem Einfluss zu nehmen?

*Zu 5.*

*Ich sagte es schon, nur wenn Staat mit seiner Autorität wieder souverän im Interesse seiner Bevölkerung agiert, ist es möglich die schlimmsten Auswirkungen des Lobbyismus und der neoliberalen „think-tanks“ abzustellen und endlich wieder gegenzusteuern. Die fehlenden Gelder für die öffentliche Hand müssen dort eingetrieben werden, wo sie erwirtschaftet werden, wo die Profite landen.*

*Und dass die Bundesrepublik einen derart enormen „Rettungsschirm“ für Banken aufspannt ohne dafür echte Gegenleistungen zu verlangen und Einfluss auf das weitere Geschäftsgebaren der betroffenen Banken zu nehmen ist unentschuldigbar.*

*Ich werde zukünftig bei jeder Gelegenheit bei der staatliche Stellen gegenüber privaten Interessen an Einfluss gewinnen und gestärkt werden können die Forderung nach Einflussnahme in den Führungsgremien hochhalten.*

*Es muss auch Schluss mit den als Allheilmittel dargebotenen Kürzungen in sämtlichen Bereichen der öffentlichen Hand. Wenn Aufgaben ausgeführt werden müssen, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Sozialen, der Gesundheit, dann muss sichergestellt sein dass diese ohne Einflussnahme aus dem privaten Bereich ausgeführt werden und zwar einzig und allein von staatlicher, nicht gewinnorientierter Seite. Wie kann es sein dass aus Gründen der Kostenersparnis öffentliche Träger geschlossen werden, nur um anschließend dieselben Aufgaben von privaten Trägern ausführen zu lassen, die auf diese Art ja Gewinne erzielen wollen, d.h. entweder sie beuten ihre Mitarbeiter auf unverschämte Weise aus oder sie verursachen dem Bürger deutlich höhere Kosten, wenn er Leistungen dieser Träger in Anspruch nimmt. Im Endeffekt zahlt immer der Bürger! In „normalen“ Arbeitsverhältnissen stehende Menschen subventionieren die Gewinne von Unternehmen mit Angestellten in „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen und sollen noch dankbar sei, dass überhaupt noch gearbeitet werden darf. Und dazwischen reiben sich zu Sklaventreibern mutierte Arbeitgeber die Hände und lachen über die Arbeiter und Angestellten die sich gegen „Hartzler“ und Rentner ausspielen lassen und dabei doch nur Bauernopfer im großen Spiel der Kapitaleigner sind, oft ganz ohne es merken.*

#### FRAGE 6

Wie stehen Sie zum als alternativlos dargestellten Wirtschaftswachstum?

*Zu 6.*

*Unsere Marktwirtschaft in ihrer derzeitigen Form, mit immer stärker ausgeprägten, unregulierten Kapitalismusaspekten ist auf Wachstum angewiesen, um nicht aus dem Lot zu geraten. Diese Tatsache steht im Raum.*

*Zum Teil ist diese Frage durch den Staat zu regeln, wie ich oben bereits darlegte. Zum anderen Teil nehme ich hier die Menschen im Land in ihrer Rolle als Verbraucher in die Pflicht. Wer jedes Jahr das neueste Modell Flachbildschirm, den schnellsten Computer und täglich die billigsten Lebensmittel konsumieren will, muss sich nicht wundern, wenn dadurch*

*soziale Resonanzen auf der ganzen Welt ausgelöst werden. Wir kennen, wie heißt es so schön, von allen Dingen den Preis, aber leider allzu oft nicht den Wert.*

*Wären die Menschen in Afrika, Südamerika und Asien nicht so arm, wären wir nicht so reich. Anders sähe es aus, wenn man die Verteilungsfrage nicht nur in Deutschland stellt, sondern auch global. Der Reichtum auf diesem Planeten ist immens und solange er sich nicht bei einigen wenigen sammelt, haben auch alle etwas davon.*

*Und die Endlichkeit unserer Rohstoffe sollte uns auch lehren dass endloser Wachstum nicht auf Dauer möglich ist, es sei denn es werden die entsprechenden Mittel von den erwirtschafteten Summen in Forschung und Fortschritt investiert werden. Nur so lassen sich auch weiterhin die nötigen Wachstumsraten erzielen um unser Wirtschaftsmodell am Leben zu erhalten.*

*Auf einem ganz anderen Blatt steht natürlich das Umdenken unserer Gesellschaft im Bezug auf unsere Wachstumswirtschaft. Diese Diskussion wird in den kommenden verstärkt immer wieder in verschiedener Form unsere Medienlandschaft bestimmen, wie zur Zeit im Dioxinskandal, in dem auch unser Ernährungsverhalten in Frage gestellt wird oder in den Kritiken an der Abholzung und Vernichtung tropischer Regenwälder zur Gewinnung von Agrarland zum Anbau von Mais und Zuckerrohr o. ä.*

*Wie ich mich selbst dazu in Einklang bringen, mein Bewusstsein für die Konsequenzen meines Handelns erfassen kann, ist eine nicht abschließend zu beantwortende Frage die aber genau deshalb immer wieder aufs Neue mein Denken beschäftigt. Genauso stehe ich auch zum „alternativlosen“ Wirtschaftswachstum. Es gibt Ideen und Alternativen, aber die müssen immer wieder aufs Neue gedacht und weiterentwickelt werden. Eines aber steht für mich fest: so wie bisher können wir nicht weitermachen, nicht in Rheinland-Pfalz, nicht in Deutschland, nicht in Europa und nicht sonst wo auf der Welt.*

#### FRAGE 7

Die geforderte Mobilität von Arbeitnehmern stellt Eltern von schulpflichtigen Kindern vor immense Probleme. Wie stehen Sie zur vieldiskutierten Abschaffung der Länderhoheit im Bildungssektor?

*Zu 7.*

*Die edelste Aufgabe des Staates ist es, seine Kinder und Jugend zu erziehen und zu bilden. Diese Aufgabe teilt er sich mit den Eltern der Kinder.*

*Deshalb wünsche ich mir eine zentrale Schulpolitik, gesteuert vom Bund, die auch die Finanzen regelt. Natürlich muss dann bei der Bildung immer noch auf länderspezifische Merkmale eingegangen werden, zum Beispiel im Bereich der Fremdsprachen. Aber eine starke Hand, die klare Regeln für die Bildung in ganz Deutschland schafft, macht Bildung auch vergleichbar und damit die Qualität ihrer Vermittlung ebenso.*

*Zudem wäre es von Vorteil, da die Länder allzu oft auch ihre Bildungskompetenzen gegeneinander ausspielen.*

*Nichtsdestotrotz sehe ich dies als Fernziel in der Bildungspolitik an, zuerst einmal gilt es auf rheinland-pfälzischer Ebene für eine einheitliche Bildungsstruktur zu arbeiten, die dafür Sorge trägt dass künftig alle Schülerinnen und Schüler ohne Ansehen ihrer sozialen Herkunft wenigstens in den Schulen die gleichen Voraussetzungen und gleichen Chancen haben, sich auszubilden und ihren Lebensweg zu gehen.*

*Ich denke dieser Anspruch ist nicht zuviel verlangt für eine der reichsten Industrienationen der Welt und ob dieser unter der Hoheit der Länder oder des Bundes verwirklicht wird ist mir zuerst einmal nebensächlich.*

*Und bevor Sie sich fragen, wer dass alles bezahlen soll, bitte ich Sie zu bedenken dass DIE LINKE. das Geld von jenen holen wird, die darüber auch verfügen. Eine wie von uns geplante*

*Einführung einer „Millionärssteuer“ in Höhe von 5 % auf Vermögen über eine Million Euro würde allein in Rheinland-Pfalz jährlich 3,5 Milliarden Euro in die Kassen spülen. Börsenumsatz- und Finanztransaktionssteuer sind für mich nicht wegzudiskutierende Maßnahmen des gesunden Menschenverstandes, genau wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Körperschaftssteuer auf mind. 35 %. Und die Angleichung von Erbschaftssteuern, sowie Gewerbesteuern auf durchschnittliches europäisches Niveau wäre noch dazu ein Schritt der unserer Verantwortung für die europäische Gemeinschaft entspräche und uns nicht nur die Sympathien unserer Nachbarn einbringen, sondern auch helfen würde die Handelsbilanzungleichgewichte endlich auszugleichen, den deutschen Exportüberhang zu verringern bei gleichzeitig gesteigerter Binnennachfrage. Damit wäre gleichzeitig Arbeitslosen, Geringverdienern und ausländischen Handelspartner geholfen. Diese Dinge sind allesamt machbar, doch nur mit der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land werden Veränderungen möglich.*

*Vielen Dank an ATTAC Speyer für die Fragen.*

*Euer*

*Sebastian Frech, DIE LINKE. Speyer-Germersheim*